

Tarifvertrag
zur Anwendung von Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes
(Anwendungs-TV Freie Universität Berlin)

Zwischen

der Freien Universität Berlin

einerseits

und

der dbb tarifunion

vertreten durch den Vorstand

diese zugleich handelnd für
den Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband (DHV),
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) und
den Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk)

andererseits

wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten, Arbeiter, Auszubildenden und Praktikanten (im Folgenden auch Arbeitnehmer genannt) der Freien Universität Berlin (Hochschulbereich), sofern das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes anzuwenden ist.

§ 2
Generelle Übernahmebestimmungen

- (1) Auf die Arbeits- und Berufsausbildungsverhältnisse der von § 1 erfassten Personen finden die
- a) zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der dbb tarifunion, gegebenenfalls zusammen mit weiteren Tarifvertragsparteien auf der Arbeitgeberseite, für Angestellte und in der Berufsausbildung zum Angestellten stehenden Personen abgeschlossenen Tarifverträge
- und
- b) zwischen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der dbb tarifunion, gegebenenfalls zusammen mit weiteren Tarifvertragsparteien auf der Arbeitgeberseite, für Arbeiter und arbeiterrentenversicherungspflichtige Auszubildende abgeschlossenen Tarifverträge

in der am 1. Januar 2003 geltenden Fassung unter Berücksichtigung der sich durch die Tarifverträge vom 31. Januar 2003 (z. B. Änderungstarifverträge zum BAT/BAT-O bzw. Ergänzungstarifverträge zum BMT-G/BMT-G-O) ergebenden Änderungen Anwendung. Abweichend von Satz 1 finden die §§ 27 Abschnitt A Abs. 8 BAT/BAT-O (Bund/Länder) bzw. § 21 a Abs. 1 Unterabs. 2 bis 4 BMT-G/BMT-G-O keine Anwendung.

Ferner finden auf die in Satz 1 genannten Personen die zwischen den Arbeitgeberverbänden des öffentlichen Dienstes Berlins und ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. – Landesbezirk Berlin – Brandenburg –, gegebenenfalls zusammen mit weiteren Tarifvertragsparteien auf Arbeitgeberseite vereinbarten Tarifverträge in der am 1. Januar 2003 geltenden Fassung mit Ausnahme des Übernahmearbeitsvertrages für die staatlichen Hochschulen des Landes Berlin vom 24. September 1993 sowie des Tarifvertrages zur Übernahme von Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes vom 21. November 1994 Anwendung.

- (2) Soweit in den zur Anwendung kommenden Tarifverträgen für die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer auf beamtenrechtliche Regelungen verwiesen wird, gelten diese in der jeweiligen Fassung.
- (3) Absatz 1 Satz 1 gilt nicht, soweit nachstehend etwas anderes bestimmt ist. Wird in unter Absatz 1 Satz 2 fallenden Tarifverträgen auf Tarifverträge verwiesen, die unter Absatz 1 Satz 1 fallen, oder werden darin Regelungen getroffen, die Gegenstand der Maßgaben dieses Tarifvertrages sind, gelten hierfür die Maßgaben dieses Tarifvertrages.

§ 3 Maßgaben zur Arbeitszeit

- (1) Abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 BAT bzw. § 14 Abs. 1 Satz 1 BMT-G gilt eine besondere regelmäßige durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 34,65 Stunden sowie abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 BAT-O bzw. § 14 Abs. 1 Satz 1 BMT-G-O von 36,65 Stunden ausschließlich der Pausen für die Dauer der Laufzeit dieses Tarifvertrages.

Protokollerklärung:

Die besondere tägliche Arbeitszeit beträgt im Tarifrechtskreis West 6 Stunden 55 Minuten, im Tarifrechtskreis Ost 7 Stunden 20 Minuten

Die vorstehenden Regelungen gelten für nicht vollbeschäftigte Arbeitnehmer entsprechend (§ 34 BAT/BAT-O bzw. § 25 Abs. 1 BMT-G/BMT-G-O), soweit nicht § 5 eine abweichende Regelung enthält.

Für die Berechnung des Durchschnitts gilt § 15 Abs. 1 Sätze 2 und 3 und die Protokollnotiz zu Abs. 1 BAT/BAT-O bzw. § 14 Abs. 1 Unterabs. 2 und die Protokollerklärung zu Abs. 1 BMT-G/BMT-G-O.

- (2) § 17 Abs. 1 Unterabs. 1 BAT/BAT-O bzw. § 67 Nr. 39 Abs. 1 und 2 BMT-G/BMT-G-O gelten nicht. Überstunden sind die auf Anordnung geleisteten Arbeitsstunden, die über die in Abs. 1 Unterabs. 1 genannte besondere regelmäßige durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit hinausgehen.

Protokollerklärung zu § 3:

Die Freie Universität Berlin verpflichtet sich, individuelle Ermäßigungen der Lehrverpflichtung für alle betroffenen Lehrkräfte im Rahmen der Lehrverpflichtungsverordnung (LVVO) vom 22.

Januar 1993 in der Fassung vom 27. März 2001 (gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 und 10 sowie Satz 2) im Rahmen der Bandbreite zu gewähren. Aus anderen Gründen gewährte Ermäßigungen bleiben hiervon unberührt.

§ 4 Maßgaben zur Höhe der Bezüge

- (1) Die Zahlung aus den Zuwendungstarifverträgen wird bei Vollzeitbeschäftigung auf 640 Euro begrenzt, die Zahlung aus den Urlaubsgeldtarifverträgen wird bei Vollzeitbeschäftigung auf 260 Euro begrenzt. Teilzeitbeschäftigte erhalten die Zahlungen anteilig. Die Differenz zwischen der hier vereinbarten Zahlungshöhe und der Zahlungshöhe gem. Urlaubsgeld- und Zuwendungstarifverträgen in der Fassung vom 01.01.2003 fließt in die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit gem. § 3 ein.
- (2) Für Angestellte beträgt die Höhe der Grundvergütung, des Ortszuschlages, der allgemeinen Zulage nach § 2 des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte vom 17. Mai 1982 ggf. i. V. m. dem Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte (TV Zulagen Ang-O) vom 8. Mai 1991 für

die Vergütungsgruppen X bis VI b, VI a	98 v. H.,
---	-----------

die Vergütungsgruppen V c bis III	96 v. H.,
--------------------------------------	-----------

die Vergütungsgruppen II b und höher	94 v. H.
---	----------

der tarifvertraglich – gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Einkommensangleichungsgesetzes in der jeweiligen Fassung – vorgesehenen Beträge. Die Anlagen zum Vergütungstarifvertrag Nr. 35 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 31. Januar 2003 bzw. zum Vergütungstarifvertrag Nr. 7 zum BAT-O für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 31. Januar 2003 gelten unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Vom-Hundert-Sätze, dies gilt nicht für die Berechnung eines auf eine Stunde entfallenden Anteils der Vergütung.

- (3) Für Arbeiter beträgt die Höhe des Monatstabellenlohnes und des Sozialzuschlages für

die Arbeiter der Lohngruppen 1 bis 6a	98 v. H.,
---------------------------------------	-----------

die Arbeiter der Lohngruppen 7 bis 9	96 v. H.
--------------------------------------	----------

der tarifvertraglich – gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Einkommensangleichungsgesetzes – vorgesehenen Beträge. Die Anlagen zum Monatslohtarifvertrag Nr. 28 zum BMT-G vom 31. Januar 2003 bzw. die Anlagen 1 a, 2 a und 3 a zum Monatslohtarifvertrag Nr. 7 zum BMT-G-O vom 31. Januar 2003 gelten unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Vom-Hundert-Sätze; dies gilt nicht für die Berechnung eines auf eine Stunde entfallenden Anteils der Lohnes.

Protokollerklärung zu den Absätzen 2 und 3:

Die in den in § 2 genannten Tarifverträgen in Festbeträgen ausgewiesenen Bezügebestandteile (z.B. Jubiläumszuwendung, vermögenswirksame Leistungen, Wechselschicht- und Schichtzulagen nach § 33 a BAT/BAT-O, Zulagen für Nachtarbeit gem. § 35 Abs. 1 Buchst. e BAT/BAT-O) bleiben von der Bezügereduzierung unberührt.

**§ 5
Besondere Regelungen**

(1) Die §§ 3 und 4 gelten nicht

- a) für Nichtvollbeschäftigte, deren Arbeitszeit höchstens die Hälfte der in der jeweiligen manteltariflichen Vorschrift (BAT/BAT-O, BMT-G/BMT-G-O) genannten regelmäßigen durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit beträgt,
- b) für Nichtvollbeschäftigte, mit denen vor dem 01. August 2004 arbeitsvertraglich eine feste Anzahl von Wochenstunden ohne Anpassung der Arbeitszeit bei einer Änderung der Arbeitszeit von entsprechenden Vollbeschäftigten vereinbart wurde,
- c) für Angestellte und Arbeiter, die Altersteilzeitarbeit leisten,
- d) für Auszubildende und Praktikanten,
- e) für wissenschaftliche Mitarbeiter, die im Rahmen der Patientenversorgung Bereitschaftsdienste/Rufbereitschaften in den Tierkliniken leisten.

Protokollerklärung zu § 5 Abs. 1:

Mit Arbeitnehmern, die bei In-Kraft-Treten dieses Tarifvertrages Teilzeitarbeit in Form eines Sabbaticals leisten, werden individuelle Vereinbarungen getroffen, die den bisherigen Tarifregelungen entsprechen.

(2) Bei einem Arbeitsplatzwechsel innerhalb der Berliner Hochschulen rechnet die Freie Universität Berlin die bei der bisherigen Hochschule verbrachte Zeit als Beschäftigungszeit gemäß § 19 BAT/BAT-O bzw. § 6 BMT-G/BMT-G-O an.

§ 6

Ausgleich von Zeitgutschriften

- (1) Wird die in § 3 Abs. 1 festgelegte besondere regelmäßige durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit überschritten, können die Beschäftigten die überschreitende Arbeitszeit als Zeitgutschrift führen.
- (2) Zeitgutschriften sollen 25 Stunden monatlich nicht überschreiten; sie dürfen auf höchstens 80 Stunden kumuliert werden. Für Teilzeitbeschäftigte gelten die Werte anteilig.
- (3) Die Beschäftigten können grundsätzlich bis zu einem Zeitguthaben von 40 Stunden eigenverantwortlich disponieren. Bei einem Zeitsaldo von mehr als 40 Stunden ist zwischen dem oder der Beschäftigten und dem oder der Vorgesetzten Einvernehmen über eine weitere Überschreitung der Arbeitszeit herzustellen. Ist die Höchstgrenze erreicht, hat der oder die Vorgesetzte gemeinsam mit dem oder der Beschäftigten unverzüglich Maßnahmen zum Zeitausgleich zu vereinbaren. Überstunden können danach nicht mehr angeordnet werden. Für Teilzeitbeschäftigte gelten die Werte anteilig. Ist aus dringenden betrieblichen Gründen ein Freizeitausgleich nicht möglich, ist das Zeitguthaben finanziell abzugelten.
- (4) Zeitgutschriften können auch im Zusammenhang mit Urlaub, als freier Tag oder über mehrere Tage hinweg in Anspruch genommen werden. Bei der Anrechnung der freien Tage wird die Arbeitszeit gem. § 3 Abs. 1 zugrunde gelegt. Der oder die Beschäftigte kann von der Inanspruchnahme des genehmigten Ausgleichs zurücktreten.
- (5) Wechselt der oder die Beschäftigte innerhalb der Freien Universität Berlin oder scheidet er oder sie aus der Freien Universität Berlin aus, ist für einen rechtzeitigen Zeitausgleich zu sorgen. In Ausnahmefällen können bei einem Wechsel die Zeitgutschriften weitergeführt werden.
- (6) Weitere Regelungen zur gleitenden Arbeitszeit werden in einer Dienstvereinbarung bzw. Dienstvereinbarungen zwischen der Hochschulleitung und dem jeweils zuständigen Personalrat vereinbart.

§ 7

Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen

Betriebsbedingte Kündigungen mit dem Ziel der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind vom 1. August 2004 bis zum 31. Dezember 2009 ausgeschlossen.

§ 8

Ausgleich für die betriebliche Altersversorgung

Für von § 3 und 4 erfasste Arbeitnehmer, die vor dem 1. August 1949 geboren sind, erfolgt ein arbeitgeberfinanzierter Ausgleich für die in Folge der Reduzierung der Bezüge eintretende Verminderung der Betriebsrente aus der VBL-Pflichtversicherung.

§ 9

Entgeltumwandlung

Der Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung für Arbeitnehmer/innen im kommunalen öffentlichen Dienst (TV-EUmw/VKA) vom 18. Februar 2003 findet entsprechende Anwendung.

§ 10 Schuldrechtlicher Teil

Zwischen den Tarifvertragsparteien besteht in den folgenden Punkten Einvernehmen:

1. Die Freie Universität Berlin verpflichtet sich, Maßnahmen der Weiterbildung verstärkt zu fördern.
2. Durch die Bezugnahme auf das Einkommensangleichungsgesetz im Text dieses Tarifvertrages soll die Rechtsnatur der hieraus resultierenden Zahlungen nicht verändert werden. Klageverfahren zum Gesetz zur Änderung des Einkommensangleichungsgesetzes vom 10. Februar 2003 werden infolgedessen durch diesen Tarifvertrag nicht berührt.
3. Die Freie Universität Berlin verpflichtet sich, jeweils in den Jahren 2004 und 2005 mindestens 120 Ausbildungsplätze für Angestellte und Arbeiter anzubieten.
4. Der durch eine Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit ggf. entstehende Personalbedarf wird nach Maßgabe des Haushalts durch Umsetzung (ggf. nach Qualifizierung von eigenem Überhangpersonal) oder durch Neueinstellungen gedeckt.
5. Für Teilzeitbeschäftigte mit einem Beschäftigungsumfang oberhalb einer halben Stelle ergeben sich die jeweils geltenden Arbeitszeit- und Vergütungsanteile aus einer als Anlage zu diesem Tarifvertrag beigefügten Tabelle.

§ 11 In-Kraft-Treten, Laufzeit

- (1) Die §§ 1 und 2 dieses Tarifvertrages treten mit Wirkung vom 1. Januar 2003 mit der Maßgabe in Kraft, dass zur Abgeltung der sich aus den Tarifverträgen gemäß § 2 Abs. 1 ergebenden Entgelterhöhungen für die Jahre 2003 und 2004 Folgendes vereinbart wird:
 - a) Eine Nachzahlung von Entgelterhöhungen, die sich aus den Tarifverträgen gemäß § 2 Abs. 1 ergeben würden, wird ausgeschlossen.
 - b) Die unter den Geltungsbereich dieses Tarifvertrages fallenden Angestellten und Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis am 29. Februar 2004 schon und 01. März 2004 noch bestand, erhalten mit der Entgeltzahlung des Monats September 2004 eine Einmalzahlung in Höhe von 450 Euro.

Die Auszubildenden und Praktikanten, deren Ausbildungs- oder Praktikantenverhältnis am 29. Februar 2004 schon und 01. März 2004 noch bestand, erhalten mit der Entgeltzahlung des Monats September 2004 eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro.
 - c) Die Einmalzahlung wird nur insoweit gewährt, als im Anspruchsmonat ein Anspruch auf Bezüge besteht oder nur wegen der Inanspruchnahme von Elternzeit oder des Bezuges von Krankengeld nicht besteht. In diesen Fällen erfolgt die Auszahlung mit dem ersten Monat, in dem wieder ein Anspruch auf Bezüge besteht.
- (2) Die übrigen Regelungen dieses Tarifvertrages treten mit Wirkung vom 1. August 2004 in Kraft.
- (3) Die §§ 3 bis 6 und 8 und 10 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2006 außer Kraft; § 7 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft. Die Nachwirkung (§ 4 Abs. 5 TVG)

wird für die §§ 3 bis 5, 7 und 8 ausgeschlossen. Abweichend von Satz 1 und 2 bleibt § 4 Abs. 1 Satz 1 in Kraft bis eine neue Vereinbarung getroffen wird.

Protokollerklärung zu § 11 Absatz 3 Satz 3:

Für den Zeitraum der Nachwirkung von § 4 Absatz 1 Satz 1 gilt abweichend von § 2 eine besondere regelmäßige durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 36,57 Stunden im Tarifbereich West bzw. von 38 Stunden im Tarifbereich Ost. Satz 1 gilt nicht für den von § 5 erfassten Personenkreis.

- (4) Soweit die in § 2 genannten Tarifvertragsparteien nach § 2 anzuwendende Tarifverträge kündigen, lassen die diesen Tarifvertrag schließenden Tarifvertragsparteien diese Kündigung zum gleichen Zeitpunkt mit der Folge gegen sich gelten, dass gekündigte Tarifverträge mit Ausnahme der Nachwirkung solange nicht von § 2 erfasst werden, bis die in § 2 genannten Tarifvertragsparteien die gekündigten Tarifverträge ablösende Tarifverträge abgeschlossen haben. Werden die von § 2 dieses Tarifvertrages erfassten Tarifverträge während der Laufzeit dieses Tarifvertrages geändert, werden die vertragsschließenden Parteien auch während der Laufzeit des Tarifvertrages Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, die Möglichkeiten der Übernahme dieser Änderungen zu prüfen.

Von den bzw. gegen die Parteien dieses Tarifvertrages werden keine Arbeitskämpfe zur Durchsetzung von Forderungen geführt, welche über die von den in § 2 genannten Tarifvertragsparteien nach Beschlussfassung auf Bundesebene erhobenen Forderungen oder getroffenen Einigungen hinausgehen. Dies gilt nicht für Arbeitskämpfe zur Durchsetzung von Forderungen, die die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern betreffen, die vom Geltungsbereich dieses Tarifvertrages nicht erfasst werden.

Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich Verhandlungen zur Übernahme von Änderungen der von § 2 dieses Tarifvertrages erfassten Tarifverträge in dem Fall zu führen, wenn sich die Änderungen aus der Neugestaltung des öffentlichen Tarifrechts auf Bundesebene ergeben. Dies gilt auch für den Fall, dass Drittmittelgeber ihren Finanzierungsrahmen verändern. Sie werden dabei die wissenschafts- und hochschulspezifischen Besonderheiten berücksichtigen, soweit die Forderungen nicht das alleinige Ziel der Kostenreduzierung verfolgen.

- (5) Dieser Tarifvertrag kann frühestens zum 31. März 2007 – mit Ausnahme des § 7 – mit einer Frist von drei Monaten schriftlich gekündigt werden.

Berlin,

Für die

Freie Un
Präsident



Für die

dbb tarifunion
Vorstand



Niederschriftserklärung:

Offensichtliche redaktionelle Unrichtigkeiten und Umstellungen im Tarifvertragstext können von einer Redaktionskommission der Tarifvertragsparteien ohne Tarifverhandlungen berichtet werden.

Vereinbarung gemäß § 10 Nr. 5 des Anwendungs-Tarifvertrages Freie Universität Berlin

Für die Berechnung der Arbeitszeit von Nichtvollbeschäftigten, die nicht von § 5 des Anwendungs-TV FU erfasst werden (mehr als 50 % der regulären Arbeitszeit*, keine arbeitsvertraglich vereinbarte Zahl von Arbeitsstunden), gilt folgende Formel:

Tarifrechtskreis Ost:

36,65 mal Arbeitszeitanteil in Prozent geteilt durch 100 = individuelle besondere regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit

Tarifrechtskreis West:

34,65 mal Arbeitszeitanteil in Prozent geteilt durch 100 = individuelle besondere regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit

Die sich so ergebende individuelle besondere regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann auf die nächste Minute auf- oder abgerundet werden.

Für die Berechnung der Höhe der Zuwendung für das gesamte Jahr nach § 4 Abs. 1 gilt einheitlich im Tarifrechtskreis Ost und West folgende Formel:

640,00 € mal Arbeitszeitanteil in Prozent geteilt durch 100 = Höhe der Zuwendung
Entsprechendes gilt für die Berechnung der Höhe des Urlaubsgeldes.

Es gelten die übrigen Regelungen im Zuwendungstarifvertrag.

Daraus ergeben sich beispielhaft folgende Werte:

Tarifrechtskreis West:

Tarifrechtskreis Ost:

Arbeitszeitanteil in Prozent	Arbeitszeit in h pro Woche	Zuwendung in Euro (Anspruch im gesamten Jahr)	Urlaubsgeld in Euro (Anspruch im gesamten Jahr)	Arbeitszeitanteil in Prozent	Arbeitszeit in h pro Woche	Zuwendung in Euro (Anspruch im gesamten Jahr)	Urlaubsgeld in Euro (Anspruch im gesamten Jahr)
80	27,72	512,00	208,00	80	29,32	512,00	208,00
75	25,99	480,00	195,00	75	27,49	480,00	195,00
66,67	23,10	426,67	173,34	66,67	24,43	426,67	173,34
60	20,79	384,00	156,00	60	21,99	384,00	156,00

* Die Freie Universität Berlin wird keine Verträge abschließen, bei denen der oder die Arbeitnehmer/in durch die Regelungen des Anwendungs-Tarifvertrags der Freien Universität Berlin in der Jahresvergütung schlechter gestellt ist als entsprechende Beschäftigte mit der Hälfte der in der jeweiligen manteltariflichen Vorschrift (BAT/BAT-O, BMT-G/BMT-G-O) genannten regelmäßigen durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit.